

NEIN zur Armee XXI:

KEINE ARMEE FÜR

NEO-KOLONIALISTISCHE KRIEGE!



Für Frieden, Freiheit und Solidarität

Die Schweizer Armee XXI soll in Form spezialisierter Module so weit wie möglich an die Nato angepasst werden, um im Verbund mit Nato-Truppen im Ausland zu operieren („Interoperabilität“). Die von der Kriegsmacht USA dominierten Nato-Streitkräfte führen gemäss der neuen Nato-Angriffsdoktrin globale Einsätze durch, „wo auch immer sie benötigt werden“ (Lord Robertson). Es ist kein Geheimnis, dass es mit den neuen Kriegen darum geht, die wirtschaftlichen Interessen der globalisierten Grosskonzerne auch militärisch durchzusetzen und die US-Hegemonie bis weit in den asiatischen Raum auszudehnen. Die Nato wird hierbei zu einem Instrument der amerikanisch-britischen Kolonialisierungspolitik.

Kriege für das globale Grosskapital

„Baghdad, Teheran, Damaskus ...“ - die neo-imperialistischen Strategen haben den Weltkrieg schon jahrelang geplant. Schreckliches Elend, Tote, Verwundete, unsägliches Leid für Tausende unschuldiger Menschen. Und dies für die Interessen des Grosskapitals, das Kriege für eine globale Herrschaft und gigantische Profite führt, während immer mehr Menschen rechtlos werden, hungern und bis

aufs Blut ausgebeutet werden. Zur psychologischen Kriegführung gehört, dass Spin-Doctors entscheidende Begriffe in ihr Gegenteil verkehrt haben: Krieg heisst „Frieden“ und Unterdrückung „Demokratie“.

Doch vielerorts auf der Welt erheben sich jetzt die Menschen und verlangen laut und deutlich einen sofortigen Stopp des Krieges im Irak und anderswo!

Unterordnung der Armee XXI unter die Nato
Die Schweiz ist bereits der Nato-„Partnerschaft für den Frieden“ (PfP) angeschlossen. Bald könnte dies eine „Partnerschaft für den Krieg“ werden! 1998 hat der Bundesrat hinter dem Rücken der Bevölkerung mit der Nato 33 „Parp-Ziele“ (Planungs- und Anpassungsprozess an die Nato) vereinbart. Die Armee XXI wird dabei durchgängig - von der Ausbildung der Offiziere, über die Sprache und die Doktrin, bis zu den Details der Betankungseinrichtungen - an die Nato angepasst. In den „Grundlagen der militärstrategischen Doktrin“ des VBS, Feb. 2000, steht es schwarz auf weiss: „Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld, dem Euroatlantischen Sicherheitsraum, kann Interoperabilität nur auf die NATO ausgerichtet sein.“ Sollen in Zukunft Teile der Schweizer Armee auf US-Kriegsschauplätzen eingesetzt werden oder durch sonstige „Kooperation“ dazu beitragen, dass andere Armeen Kriege führen können? Oder wollen wir ein Engagement für eine aktive solidarische Neutralitätspolitik? Die Schweizer Bevölkerung will keine Armee, die sich anderen Mächten unterwirft und bei deren schmutzigen Kriegen Hilfsdienste leistet. Die Mehrheit der Bevölkerung will eine neutrale und unabhängige Schweiz.

Aktive schweizerische Friedenspolitik

Mit dem Roten Kreuz und der diplomatischen Vermittlung haben wir als neutrales Land eine humanitäre Hilfeleistung und Friedenspolitik

entwickelt, auf die wir stolz sein können. Dies ist die echte menschliche Alternative zu Grossmachtspolitik, Raubtierkapitalismus und Krieg. Gerade heute müssen wir uns erst recht für die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte einsetzen. Wir verlangen vom Bundesrat die Beendigung jeglicher Rüstungszusammenarbeit mit kriegsführenden Mächten und eine scharfe Verurteilung kriegerischer Angriffe auf welches Land auch immer. Die Schweiz hat als UNO-Mitglied die Aufgabe, konstruktive Friedensvorschläge einzubringen. Wenn schon andere Länder Soldaten schicken, könnte die Schweiz für eine zivile Konfliktlösung sorgen. Für Frieden und Sicherheit in einer neutralen Schweiz brauchen wir eine demokratisch abgestützte Milizarmee, die in der Lage ist, unabhängig von Bündnissen das Land zu verteidigen.

Zivilschutz nicht abbauen

Es ist auch absolut irrational, den Zivilschutz heute abzubauen, wo die Gefahr durch ABC-Waffen droht. Alle verfügbaren Kräfte und Mittel des Zivilschutzes würden bei einem derartigen Angriff ohne Vorwarnzeiten unverzüglich gebraucht. Durch den finanziellen Rückzug des Bundes führt das neue Bevölkerungsschutzgesetz zu einem ungleichen Zivilschutz für die Bevölkerung finanzschwacher und finanzstarker Kantone und Gemeinden. Es ist daher abzulehnen. Die Solidarität gegenüber den ärmeren Kantonen und Gemeinden muss beim Zivilschutz gewahrt bleiben!

Für Frieden, Freiheit und Solidarität:

NEIN zur Armee XXI

NEIN zum unsolidarischen Zivilschutz XXI

Abstimmung am 18. Mai 2003

Bürgerbewegung für Frieden, Freiheit und Solidarität
Renata Rapp, 8049 Zürich. rebeka@datacomm.ch